



Ulrike Flach

Mitglied des Deutschen Bundestages
Obfrau der FDP-Bundestagsfraktion im
Haushaltausschuss
Technologipolitische Sprecherin

Ulrike Flach, MdB – Platz der Republik 1 – 11011 Berlin

Newsletter Nr. 43

Hausanschrift:
Jakob-Kaiser-Haus, Zi. 6624
11011 Berlin

Postanschrift:
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Telefon: (030) 227 – 77 249
Telefax: (030) 227 – 76 547
E-Mail: ulrike.flach@bundestag.de

Wahlkreis:
Gaußstraße 21
45468 Mülheim an der Ruhr
Telefon: (0208) 3 65 16
Telefax: (0208) 388 0 121

Berlin, den 16.01.2009

Konjunkturpakete in der Wirtschaftskrise

Sehr geehrte Damen und Herren,

das neue Jahr beginnt so turbulent wie das alte beendet wurde. Quasi über Nacht hat die Bundesregierung im Januar ein zweites Konjunkturpaket in historischer Dimension auf den Weg gebracht. Zusammen mit dem Konjunkturpaket I vom November 2008 sollen die Maßnahmen für dieses und das nächste Jahr über 60 Mrd. € umfassen. In diesem Newsletter möchte ich Ihnen kurz beschreiben, welche Bedenken ich vor allem als Haushälterin dabei habe.

Von allem etwas und in der Summe Kosten von 50 Milliarden Euro, so kann man das Konjunkturpaket II zusammenfassen, auf das sich die Regierung in der Nacht von Montag auf Dienstag geeinigt hat.

- So soll der Grundfreibetrag von 7.664 auf 8.004 Euro steigen. Gleichzeitig sinkt der Eingangssteuersatz von 15 auf 14 Prozent. Nicht beseitigt wird die sog. „kalte Progression“, ein Schritt, der fühlbar im Portemonnaie des Bürgers angekommen wäre.
- Der Beitragssatz zur gesetzlichen Krankenversicherung sinkt von 15,5 auf 14,9 Prozent, nachdem er gerade erst zum 1. Jan. erhöht worden war.
- Zudem sollen 18 Milliarden Euro in Infrastrukturmaßnahmen (Schulen, Universitäten, Straßen) fließen.
- Die Autoindustrie bekommt ihre Abwrackprämie in Höhe von 2.500 Euro pro Auto. Autofahrer können diese beantragen, wenn sie noch dieses Jahr ihr mindestens neun Jahre altes Auto stilllegen und dafür einen Neuwagen kaufen. (Es gibt keinerlei Schutz davor, dass mit diesem Instrument vor allem die Kleinwagen unserer europäischen Partner oder japanische PKW's gekauft werden.)
- Als Einmalzahlung bekommen Eltern für alle Kinder zwischen 6 und 13 Jahren 100 Euro

- und der Regelsatz für Kinder von ALG II Empfängern wurde von 60% auf 70% erhöht.
- Eine weitere umstrittene Maßnahme ist der Rettungsschirm für Unternehmen, die nur schwierig an Kredite herankommen. Vereinbart wurde ein Bürgschaftsprogramm mit einem Volumen von 100 Milliarden Euro.
- Ab September aber eine Schuldenbremse im Grundgesetz geben, die 2015 in Kraft treten soll.

Wenn Sie also kein 10 Jahre altes Auto besitzen und Ihre Kinder zum Beispiel 5 und 14 Jahre alt sind, werden Sie in diesem Jahr vom Konjunkturpaket faktisch nichts bemerken. Eine breite Entlastung, die Vertrauen schafft, oder eine grundlegende Steuerreform wird nicht stattfinden.

Guido Westerwelle hat es sehr plastisch vorgerechnet: das Paket hat für jeden Bürger praktisch den Gegenwert einer Portion Currywurst mit Mayo ohne Pommes. Mit einem bunten Blumenstrauß an relativ wirkungslosen Einzelmaßnahmen verpasst die Bundesregierung damit die Chance, eine echte Entlastung der Bürger zu erreichen.

Was bleibt sind die Kosten beider Konjunkturpakete, die in der aktuellen konjunkturellen Lage ausschließlich über Schulden finanziert werden. Die Dimensionen werden deutlich wenn man bedenkt, dass wir im letzten Jahr mit 11,5 Mrd. € die niedrigste Nettoneuverschuldung beim Bund seit der Wiedervereinigung hatten. In diesem und dem nächsten Jahr werden wir im Gegensatz dazu die höchste Neuverschuldung seit Kriegsende erleben.

Richtig ist, dass wichtige Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen in der jetzigen Zeit -auch über Schulden finanziert- vorgezogen werden können. Ein Fehler ist es jedoch, kostspielige Einzelaktionen wie z.B. die Abwrackprämie auf Pump zu finanzieren. Hierbei handelt es sich um durchsichtige Wahlgeschenke und einfache Klientelpolitik. Ein roter Faden ist in beiden Paketen nicht zu erkennen. Sogar irrwitzig wird es dann, wenn die Regierung an ein und demselben Tag das Kurzarbeitergeld ausweitet und gleichzeitig die Einführung von Mindestlöhnen in diversen Branchen verkündet.

Aus haushalterischer Sicht sind drei Punkte des Konjunkturpaketes besonders kritisch:

1. Unternehmen sollen von der KfW Bürgschaften im Rahmen von 100 Mrd. € erhalten, wenn sie von der Kreditklemme des Bankensektors betroffen sind. Aus ordnungspolitischer Sicht wird hier ein grober Fehler begangen. Die Regierung kittet mit diesem „Schutzschirm für Unternehmen“ die Mängel des unzureichenden Banken-Rettungsschirmes. Sinnvoller wäre es gewesen, den Banken-Fonds zu verbessern und gegebenenfalls zu stärken. Jetzt aber kämpft die Koalition an zwei Fronten gleichzeitig.
2. Die Mittel der ausgabenwirksamen Maßnahmen des Paketes sollen über ein Sondervermögen „Tilgungsfonds“ (ca. 19 Mrd. €) bereitgestellt werden. Ein Sondervermögen ist jedoch nichts anderes als ein Schattenhaushalt neben dem

eigentlichen Bundeshaushalt. Die Nettokreditaufnahme im Bundeshaushalt wird durch Aufstellen des Sondervermögens künstlich klein gerechnet und nur in einen anderen Topf verschoben. Wir fordern mehr Transparenz und die volle Abbildung der Kreditaufnahme im Bundeshaushalt mit einem verbindlichen Tilgungsplan.

3. Wahrscheinlich ihrem schlechten Gewissen folgend, hat die Koalition entschieden mit Wirkung zum Jahre 2015, eine Schuldenbremse zur Begrenzung der zukünftigen Kreditaufnahme ins Grundgesetz zu schreiben. Die zukünftige gesamtstaatliche Kreditaufnahme darf demnach in „normalen“ Zeiten nicht mehr als 0,5% des BIP betragen (heute etwa 12 Mrd. €). Die FDP besteht jedoch darauf, dass im Normalfall überhaupt keine Schulden mehr gemacht werden dürfen. Deshalb werden wir vor allem diesen Punkt kritisch begleiten.

Mit herzlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ulrike Flach', written in a cursive style.

Ulrike Flach